



[Startseite](#) [Wirtschaft](#) [Länder verringern Defizit: Deutschland so hoch verschuldet wie noch nie](#)

## WIRTSCHAFT

### Länder verringern Defizit

# Deutschland so hoch verschuldet wie noch nie

29.03.2023, 10:01 Uhr

[Artikel anhören](#)

[Artikel teilen](#)

Folgen auf:



**Corona-Pandemie, Energiekrise, Ukraine-Krieg: Der Deutsche Staat ist auf Bundes- sowie auf Landes- und Kommunalebene mit insgesamt über 2,3 Billionen Euro verschuldet. Mit einer Ausnahme können die Bundesländer ihre Schulden 2022 jedoch mehrheitlich abbauen.**

Der deutsche Staat ist wegen der hohen Kosten im Kampf gegen die Corona-Pandemie und Energiekrise so stark verschuldet wie noch nie. Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte standen zum Ende 2022 mit 2367,3 Milliarden Euro in der Kreide, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das waren 2,0 Prozent oder 46,1 Milliarden Euro mehr als im Dezember 2021.

Berücksichtigt werden in dieser Statistik nur Verbindlichkeiten gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich, also etwa Banken sowie private Unternehmen im In- und Ausland. Die Schulden des Bundes wuchsen mit 4,6 Prozent auf 1620,4 Milliarden Euro überdurchschnittlich. "Dies ist vor allem auf den weiterhin erhöhten Finanzierungsbedarf infolge der Pandemiesituation der vergangenen Jahre und der aktuellen Energiekrise zurückzuführen", betonten die Statistiker. Das geht vor allem auf den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) zurück.

Dieser wurde im Jahr 2020 eingerichtet, um den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken. Im vergangenen Jahr wurde er erweitert, um die Folgen der Energiekrise abzufedern. Beide Bereiche zusammen sind mit 82,7 Milliarden Euro verschuldet. "Das neu gegründete Sondervermögen Bundeswehr wurde mit einer Kreditermächtigung in Höhe von 100 Milliarden Euro ausgestattet, die im Jahr 2022 jedoch noch nicht in Anspruch genommen wurde", hieß es dazu.

Die Länder stehen mit 606,8 Milliarden Euro in der Kreide. Das sind 5,0 Prozent weniger als zum Jahresende 2021. "Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt konnten im Jahr 2022 alle Länder ihre Schulden gegenüber dem Jahresende 2021 verringern", hieß es dazu. In Sachsen-Anhalt stiegen die Schulden um 4,7 Prozent. "Wesentlicher Grund hierfür waren

höhere Wertpapier-Emissionen zur Sicherung günstiger Zinskonditionen im Vorfeld erwarteter Zinserhöhungen am Kapitalmarkt." Die stärksten Rückgänge verzeichneten Bremen (-37,8 Prozent), Sachsen (-12,2 Prozent) und Hessen (-9,0 Prozent).

Die Verbindlichkeiten der Kommunen wuchsen um 4,4 Prozent auf 140,1 Milliarden Euro. Den höchsten Anstieg wiesen die Gemeinden in Sachsen mit 20,8 Prozent auf, gefolgt von Bayern (+11,3 Prozent) und Baden-Württemberg (+8,9 Prozent). Die höchsten Rückgänge wurden für Thüringen (-8,7 Prozent) und für das Saarland (-5,6 Prozent) ermittelt. Die Sozialversicherung wies einen Schuldenstand in Höhe von 36 Millionen Euro aus, was einem Rückgang um acht Millionen Euro entspricht.

Quelle: ntv.de, lar/rts